

An  
Ministerpräsident Stephan Weil  
Sozialministerin Dr. Carola Reimann  
Staatssekretär, Leiter des Krisenstabs, Heiger Scholz

## Landtagsfraktion Niedersachsen

**Julia Willie Hamburg, MdL**

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Bildung, Queerpolitik,  
Antifaschismus und Gedenkstätten

Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

Tel: 0511-3030-3307  
julia.hamburg@lt.niedersachsen.de

Hannover, 13. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,  
sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Reimann,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär Scholz,

in der vergangenen Woche wurden die Niedersächsische Corona Verordnung und die Verordnung über die Beherbergungsverbote zur Eindämmung des Corona-Virus SARS-CoV-2, veröffentlicht. Beide Verordnungen traten zum 9.10.20 in Kraft.

Zum wiederholten Male sind die Maßnahmen in sich nicht kongruent und in Teilen widersprüchlich. Dies wurde schon im Rahmen der Debatte zur Erwidern auf die Regierungserklärung seitens der Grünen-Fraktion deutlich gemacht. Insbesondere die VO zum Beherbergungsverbot, mit einer sehr verkürzten Anhörungszeit, führt jetzt zu Unklarheiten. Es ist inhaltlich nicht begründet, noch wurde es ausreichend politisch kommuniziert. Dazu kommen der föderale Flickenteppich und die unterschiedliche Handhabung/Auslegung seitens der Kommunen und deren zuständigen Gesundheitsämtern.

Dies alles gefährdet die gesellschaftliche Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Infektion und kann in letzter Konsequenz sogar zu steigenden Infektionszahlen führen. Gleichzeitig führen die Unklarheiten auch zu einer Gefährdung vieler Existenzen, einer Verlagerung der Verantwortung und auch zur Missstimmung gegenüber einzelnen Einrichtungen und somit zu einer fehlenden Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Wir haben Sie frühzeitig dazu aufgefordert, einen stringenten Herbstplan mit eingehender politischer und gesellschaftlicher Beteiligung zu entwickeln. Das Ausbleiben dieses Vorgehens rächt sich jetzt.

Wir halten es daher für unabdingbar, dass die Verordnungen angepasst und in sich stringent und klar verständlich sind, so dass alle Bürger\*innen, Institutionen (Altenpflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Hochschulen, Bildungseinrichtungen (VHS; HVHS), Handwerksbetriebe u.a.) und vor allem die Kommunen mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst endlich präzise, umsetzbare und verständliche Verordnungen vorliegen haben.



Die Pandemie ist inzwischen zum Alltag geworden und droht es auch weiter zu bleiben. Zudem gibt es deutlich mehr Erfahrungen im Umgang mit dem Virus – gesellschaftlich und medizinisch. Nicht alle Maßnahmen waren richtig, aber nach acht Monaten können künftig viele Fehler vermieden werden. Einen kann und muss die Politik vermeiden, nämlich den: Entscheidungen, die tiefe Einschnitte in die Grundrechte mit sich bringen oder Entscheidungen, die gravierende Auswirkungen auf bestimmte Bevölkerungsgruppen haben, sollten nicht mehr länger im „stillen Kämmerlein“ getroffen werden. Es ist höchste Zeit alle wichtigen Akteure an einen Tisch zu holen, auch die, die aus den unterschiedlichen Blickwinkeln geplante Maßnahmen beurteilen und betrachten können.

In diesem Sinne bitten wir Sie und damit die Landesregierung tätig zu werden, damit Niedersachsen weiterhin in der Corona-Pandemie zusammenhält und damit hoffentlich die Infektionszahlen eindämmen kann. Akzeptanz, Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind das A und O für eine umfassende Bekämpfung und Eindämmung der Corona-Pandemie. Es ist nicht zu spät, um nachzusteuern.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Willie Hamburg  
Fraktionsvorsitzende

Meta Janssen-Kucz  
gesundheitspolitische Sprecherin